

Bürgschaft: Ausfallbürge wird frei, wenn Bank zu langsam agiert

Ausfallbürgen wollen nur ganz begrenzt haften. Das hat die Bank zu respektieren. Deshalb muss ein Kreditgeber, der sich eine solche Sicherheit versprechen lässt, die Interessen des Ausfallbürgen im hohen Maße beachten. Wird dieser Grundsatz nicht befolgt, braucht der Ausfallbürge nicht zu zahlen.

Das Oberlandesgericht Hamm (OLG Hamm) hat in seinem Urteil vom 17.01.2012 deutlich erklärt, weshalb ein Ausfallbürge nicht haftet und an welcher Stelle sich Banken falsch verhalten.

Der Ausfallbürge haftet für die Schulden eines anderen nur, wenn der Kreditgeber nicht das Geld von dem Schuldner erhält und die ansonsten gestellten Kreditsicherheiten nicht ausreichend sind, um das Schuldenkonto auf Null zu stellen. Aus diesem Grunde hat die Bank ganz besonders auf die Interessenlage des Ausfallbürgen zu achten, wenn es beim Schuldner einmal mehr als eng wird. So lag der Fall, der vom OLG Hamm zu beurteilen war. Werden die Interessen des Ausfallbürgen missachtet, so braucht er nicht für den verbürgten Kredit zu zahlen.

Die Bank hat sich im vorliegenden Fall fast ein ganzes Jahr Zeit gelassen, um zu reagieren, nachdem der Schuldner aufgehört hat, den Kredit ordnungsgemäß zu bedienen. Die Richter aus Hamm urteilten, dass die Geldgeber eher die Reisleine hätten ziehen müssen. Sie müssten viel schneller die Zwangsvollstreckung einleiten oder zumindest ein Gerichtsverfahren einleiten. Hier ist das Bankhaus in der Pflicht nachzuweisen, dass es alles getan hat, um rasch zu ihrem Geld zu kommen. Kommt es seiner Aufgabe nicht nach, Sicherheiten zügig zu verwerten oder durch Zwangsvollstreckung Geldbeträge einzutreiben, kann der Ausfallbürge seinerseits die Zahlung verweigern.

STELLUNGNAHME DER KANZLEI GÖDDECKE

Das Oberlandesgericht aus Nordrhein-Westfalen stellt noch einmal deutlich klar, dass die Bank in erster Linie in der Verantwortung gegenüber dem Ausfallbürgen steht. Kümmert sie sich nicht um dessen Belange, so braucht sie ihn gar nicht erst aufzufordern, den Kredit zu begleichen. Sie ist vielmehr ihrerseits verpflichtet, „die sorgsame, rechtzeitige und nachhaltige Durchsetzung der Forderung in der Zwangsvollstreckung oder durch Verwertung anderer Sicherheiten“ durchzuführen, um überhaupt erst einen Anspruch gegen den Ausfallbürgen zu erwerben.

Quelle: Oberlandesgericht Hamm (OLG Hamm) Urteil vom 17. Januar 2012, Az. I-7 U 56/11

02. Oktober 2012 (Rechtsanwalt Hartmut Göddecke)

Weitere interessante Artikel zu diesem Projekt finden Sie „hier“

Bürgschaften und Mithaftübernahmen als Sicherungsmittel für Kredite

http://www.kapital-rechtinfo.de/kapital-rechtinfo/archiv/foren/foren_b/2008020416657815_buergschaft.shtml?navid=4

Bürgschaft: Ausfallbürge hat langfristigen Rückgriffanspruch

http://www.kapital-rechtinfo.de/kapital-rechtinfo/archiv/texte_b/Buergschaft_Ausfallbuerge_hat_langfristigen_Rueckgriffanspruch.shtml?navid=2&r=1

Auf dem Seidenberg 5 D – 53721 Siegburg www.rechtinfo.de + www.kapital-rechtinfo.de Fon 02241 – 1733-0 Fax 02241 – 1733-44 eMail info@rechtinfo.de
Der Inhalt der Internetseite [kapital-rechtinfo.de](http://www.kapital-rechtinfo.de) und dieses Ausdrucks dient ausschließlich der allgemeinen Information für den persönlichen Interessenbereich des Benutzers, wobei dieser für jegliche Art der (Nicht-)Nutzung der Informationen selbst verantwortlich ist. Die Information ist lediglich zur Kenntnisnahme für Nutzer innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bestimmt und ausdrücklich nicht für Nutzer anderer Staaten vorgesehen. Die Kanzlei Göddecke übernimmt **keine Haftung** für die Auswahl, Vollständigkeit, Aktualität oder Exaktheit der bereitgestellten Informationen als auch für die aus der Verwendung der Informationen durch den Benutzer resultierenden Ergebnisse. Insbesondere werden keine rechtlichen, betriebswirtschaftlichen, steuerrechtlichen oder andere Empfehlungen gegeben oder Mandatsbeziehungen begründet; dieses gilt sowohl für Regelungen etc., die für die Bundesrepublik Deutschland Anwendung finden als auch bzgl. anderer Rechtssysteme. Alle Informationen sind jedoch mit großer Sorgfalt und nach bestem Wissen und Gewissen erhoben worden.

Die bereitgestellten Informationen sind nicht auf besondere Bedürfnisse einzelner Personen, Personengruppen oder Einrichtungen abgestimmt, weshalb die unabhängige Untersuchung, fachliche Beurteilung und individuelle Beratung durch fachlich versierte Berater (Anwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer), die auch die Einhaltung von Fristen prüfen, nicht ersetzt werden soll. Gesetze und Vorschriften ändern sich ständig und können nur auf konkrete Situationen angewandt werden. Die dargestellte Information gibt den Stand zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wieder, sie wird nicht aktualisiert und kann bis zum Zeitpunkt ihrer Kenntnisnahme durch den Nutzer inhaltlich überholt sein. Verwenden Sie daher die hier bereitgestellten Informationen niemals als alleinige Quelle für rechtsbezogene Entscheidungen.